

# DIE LINKE.

Extrablatt für den Ostkreis der Wetterau / September 2015

## In den Ostkreis investieren!

Immer mehr Menschen ziehen in die Ballungsgebiete. Dort finden sie Arbeit, gute Verkehrsverbindungen, Kindergärten, Schulen und eine vielfältige Kultur. Was aber soll aus den ländlichen Regionen werden?

Den Landkommunen fehlt das Geld für ihre öffentlichen Aufgaben. In den letzten Jahren verschlechterte sich die Finanzsituation wegen der Schuldenbremse und weil die Hessische Landesregierung

die Gelder für die Kommunen um 340 Millionen Euro gekürzt hat. Der Wetteraukreis verlangt den Höchstsatz bei der Kreis- und Schulumlage. Neue Aufgaben wurden den

*Fortsetzung nächste Seite*



*Perle im Ostkreis: Büdingen. Die Renaissancestadt braucht dringend Mittel zur Sanierung der Altstadt. Genauso wichtig ist die Förderung der mittelständischen Wirtschaft.*

## Für mehr öffentlichen Nahverkehr

Das Land Hessen fördert mit keinem Cent den Öffentlichen Nahverkehr. Stattdessen zahlen Bund, Kreise, Gemeinden und vor allem die Ticket-Käufer. Jedes Jahr erhöht man die Fahrpreise. Aber die Fahrpläne werden ausgedünnt. DIE LINKE findet: der Weg zur Arbeit, zu Freunden, zum Arzt oder zu Kulturveranstaltungen muss auch ohne Auto möglich sein. Und man muss die Fahrt bezahlen können! Deshalb soll das Land wieder Mittel für den Nahverkehr bereitstellen. Die CDU /SPD Bundesregierung muss die sogenannten „Regionalisierungsmittel“ aufstocken - das sind Mittel zur ÖPNV-Finanzierung aus der Mineralölsteuer.

Fortsetzung von Seite 1

## In den Ostkreis investieren!

Kommunen zugeteilt (z.B. Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr, Flüchtlingsunterbringung), ohne dass dafür ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt worden wären. Und das Recht, sich wirtschaftlich zu betätigen, ist den Kommunen gesetzlich verwehrt. Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung ließen die Löhne sinken. Wenn die Kaufkraft zurückgeht und die Menschen sparen müssen, geht das zu Lasten der



*Lebendige Dörfer kommen nicht von allein. Wird nicht in die Infrastruktur investiert, veröden die ländlichen Regionen.*

Handwerker und kleinen Geschäfte. Viele Läden stehen im Ostkreis leer.

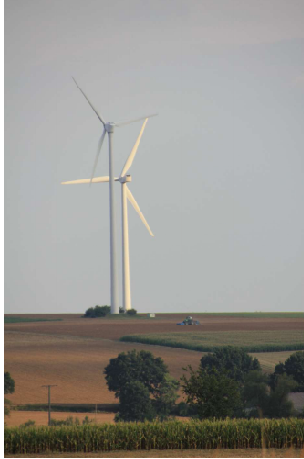
### **Ein Teufelskreis...**

...denn die Kommunen erhalten so auch weniger Steuern. Nun sehen sie sich gezwungen, Steuern und Gebühren zu erhöhen und Leistungen zu streichen. Natürlich senkt das die Kaufkraft erneut und das

Leben auf dem Land wird unattraktiver. Mit dieser Politik kommt man nicht weiter!

Das Einnahmeproblem muss gelöst werden. Nötig sind unter anderem: eine Vermögenssteuer (bringt Hessen 1,5 Milliarden Euro jährlich), eine Millionärssteuer und massive Einsparungen beim Rüstungsetat.





Soll nicht weiter Raubbau mit den Rohstoffen getrieben und die Klimaerwärmung mit ihren katastrophalen Folgen gestoppt werden, darf die Energiewende nicht im derzeitigen Schneckentempo weitergehen. Alle Formen regenerativer Energie sind zu nutzen: Wind, Biogas, Erdwärme, Wasserkraft usw. Natürlich hat auch die regenerative Energiegewinnung Nachteile. Doch die Nachteile sind wesentlich geringer, als bei den fossilen Brennstoffen, bei Fracking oder Atomenergie.

Wenn jetzt gegen regenerative Energiegewinnung (z.B. Windkraft) Front gemacht wird, heißt die unausgesprochene Forderung immer: zurück zur Kohle oder Atomenergie.

## Die Energiewende lebt auf dem Land

Die Energiewende kommt nicht recht voran. Das liegt nicht zuletzt daran, dass große Konzerne immer noch die Energiepolitik bestimmen. Dabei könnten ländliche Kommunen sehr gut regenerative Energie erzeugen, Arbeitsplätze schaffen und ihre Einnahmen verbessern.

DIE LINKE fordert, dass die Kommunen wieder das Recht erhalten, sich wirtschaftlich zu betätigen. Im Energiebereich ist dies bereits jetzt eingeschränkt möglich. Statt den großen Konzernen das Feld zu überlassen, kann dann vor Ort regenerative Energie erzeugt werden. Landkommun-

nen können selbst investieren oder Genossenschaften gründen. Hier finden Bürgerinnen und Bürger eine Geldanlage und können sich selbst engagieren. Auf dem Land lassen sich auch die Schutzbestimmungen, wie ein ausreichender Abstand zum Wohngebiet, eher einhalten als in den Ballungsräumen.



*Biogasanlage bei Altenstadt: DIE LINKE befürwortet kleine Anlagen oder bäuerliche Genossenschaften. Die nötige Biomasse muss aus der Region kommen. Den Anbau von Nutzpflanzen und Monokultur zur Energiegewinnung lehnen wir ab.*

## Gesundheit auf dem Land

Die Gesundheitsversorgung ist im Ostkreis schon heute nicht mehr überall gut. In den nächsten Jahren werden wieder Ärzte in den Ruhestand gehen und die Aussicht auf einen Nachfolger sind im ländlichen Raum nicht rosig. Schon länger fehlt es an Hebammen. Die Geburtsstation im Büdinger Krankenhaus wurde geschlossen. Lange Wege zu Fachärzten und Therapien sind üblich. Die Krankenhäuser Gedern und Schotten gelten als unwirtschaftlich. Nach der Fusion des Gesundheitszentrums Wetterau mit den Lahn-Dill-Kliniken stehen sie wohl zur Disposition.

Leider sieht sich in der Politik niemand für diesen Zustand verantwortlich. Doch Gesundheit ist keine Ware. Gesundheitsversorgung gehört in die Öffentliche Hand, damit sie für alle Menschen weiterhin gesichert bleibt. Landärzte müssen bei der Erstausrüstung der Praxis unterstützt werden.



*So schön es in der östlichen Wetterau auch ist: ohne brauchbaren Internetanschluss werden Wohnorte unbeliebt und die wirtschaftliche Entwicklung blockiert. Große Telekommunikationsunternehmen versorgen den ländlichen Raum nicht, denn in den Ballungsgebieten lässt sich mit wesentlich weniger Aufwand mehr verdienen. Der Wetteraukreis hat deshalb eine Firma mitgegründet (BIGO), die Breitband-Internet verlegt. Doch der Kreis will keine Schulden aufnehmen. Die Kommunen müssen in Vorleistung treten. Wann sie dann die bezahlte Infrastrukturleistung erhalten, bleibt unklar.*